

**BVV befasst sich mit problematischen Straßennamen, der Obdachlosigkeit und vielen Verkehrsthemen.** 39 Straßen- und Platznamen in Charlottenburg-Wilmersdorf sollen antisemitische Bezüge aufweisen. Zu diesem Ergebnis ist ein Politologe gekommen, der vom Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus [mit einer stadtweiten Untersuchung beauftragt](#) worden war. Um welche Orte es in unserem Bezirk geht, hat der Checkpoint-Newsletter des Tagesspiegels aufgelistet ([nachzulesen hier auf T+](#)).

**In einem Antrag** für die nächste BVV-Sitzung am 17. Februar [fordert](#) die Linksfraktion nun, eine Kommission einzurichten, um die Ergebnisse des Dossiers und mögliche Konsequenzen zu prüfen. Dem Gremium sollten „Vertreter:innen jüdischer Organisationen und der Zivilgesellschaft“, Historikerinnen und Historiker sowie Mitglieder des Kinder- und Jugendparlaments angehören, heißt es. Zum Thema veranstaltet der Bezirksverband der Linken auch den Diskussionsabend [Straßennamen für die Ewigkeit?](#), der am 16. März um 19 Uhr im Rathaus Charlottenburg beginnt (Anmeldung per E-Mail an [info@dielinke-charlottenburg-wilmersdorf.de](mailto:info@dielinke-charlottenburg-wilmersdorf.de)).

**Das Problem der Obdachlosigkeit** im Bezirk habe sich „in den letzten Jahren verschärft“, findet die SPD-Fraktion und [schlägt deshalb vor](#), einen „Runden Tisch“ einzuberufen. Daran sollten sich das Bezirksamt, Politikerinnen und Politiker, freie Träger der Suchthilfe und „weitere Betroffene“ beteiligen. „Bedingt durch Gentrifizierung und Verdrängung, wird die Obdachlosigkeit in unserem Bezirk sichtbarer und teilweise auch problematischer für Anwohnende“, heißt es. Vor allem die Verwahrlosung rund um den Stuttgarter Platz mache deutlich, dass es „so nicht weiter gehen kann“ (mit einem Abo von Tagesspiegel Plus können Sie [hier mehr dazu lesen](#)).

**Außerdem geht es in der BVV um falsch geparkte Autos**, die vielerorts die Verkehrssicherheit gefährden. Die Grünen-Fraktion erkundigt sich in einer Großen Anfrage danach, wie das Ordnungsamt „die Verkehrsüberwachung und das Umsetzen von Fahrzeugen verstärken“ will. In einem gemeinsamen [Antrag](#) sprechen sich die Grünen und die SPD für einen „bezirkseigenen Abschleppwagen“ aus.

**Die rund 40 Poller** auf der Kreuzung zwischen dem Horstweg und der Wundtstraße sollten nach Ansicht der FDP-Fraktion [wieder demontiert werden](#). Wir hatten bereits [auf T+ berichtet](#), dass der abgesperrte nördliche Teil des Platzes nun zwar autofrei ist, aber Anwohner und andere Passanten nicht zum Verweilen einlädt. „Verkehrsteilnehmer müssen einen unnötigen Umweg fahren und drängen sich nun an der südlichen Seite des Platzes aneinander vorbei“, kritisiert die FDP. Mit der „unansehnlichen, von weiß-roten Stäbchen umrundeten Asphaltinsel“ würden auch die Ziele eines lebenswerten Stadtplatzes nicht umgesetzt“.

**Weiteren Verkehrsthemen widmet sich die Linksfraktion.** Ein Abschnitt der Havelchaussee solle für den motorisierten Durchgangsverkehr gesperrt werden, steht in einem [Antrag](#). Bereits im November 2020 hatte die Bezirksverordnetenversammlung mehrheitlich dafür gestimmt, die Havelchaussee in eine Fahrradstraße umzuwandeln. Die Umsetzung scheiterte dann vor allem an der BVV des Nachbarbezirks Steglitz-Zehlendorf, die gegen Sperrungen im dortigen Straßenteil stimmte. Offenbar sehen die Linken jetzt mehr Chancen für eine Einigung mit Steglitz-Zehlendorf, weil die dortige neue Bürgermeisterin **Maren Schellenberg** den Grünen angehört. Unser großes Interview mit Maren Schellenberg sowie den weiteren neuen grünen Bürgermeister:innen **Kirstin Bauch** (Charlottenburg-Wilmersdorf) und **Jörn Oltmann** (Tempelhof-Schöneberg) [lesen Sie](#)



**Für die Teufelsseechaussee im Grunewald** schlagen die Linken eine Buslinie vor. Bisher seien das Naturschutzzentrum Ökowerk und der Teufelsberg nur „mit dem motorisierten Individualverkehr, mit dem Fahrrad oder mit einem langen Fußweg“ erreichbar. Beispielsweise könne die an der Eichkampstraße entlangführende Buslinie 349 bis in die Teufelsseechaussee verlängert werden. „Insbesondere für Kindergartengruppen, Schulklassen oder mobilitätseingeschränkte Personen wäre somit ein unkomplizierterer Zugang möglich“, [heißt es](#).

**Vielleicht hat auch Heidrun Grüttner**, die künftige Leiterin des Ökowerks, die Linken inspiriert. Denn in einem Gespräch mit dem Tagesspiegel ([hier auf T+](#)) wünschte sie sich speziell für Schülerinnen und Schüler eine „bessere Anbindung“ an den öffentlichen Nahverkehr.

**Für die Wirtschaftsförderung** ist nun die neue Bezirksbürgermeisterin Kirstin Bauch (Grüne) zuständig. Die FDP-Fraktion will von ihr wissen, welche Schwerpunkte sie setzen wird. Als wichtige Themen nennt die FDP in ihrer [Großen Anfrage](#) die Wettbewerbsfähigkeit der Einkaufsstraßen, mehr Gewerbeansiedlungen sowie Unterstützung für die bezirkliche Wirtschaft während und nach der Coronakrise.